

UmFAIRteilen – aber wie?

Von Eliteuniversitäten und Brennpunktschulen

16. Februar 2013

Sonja Staack

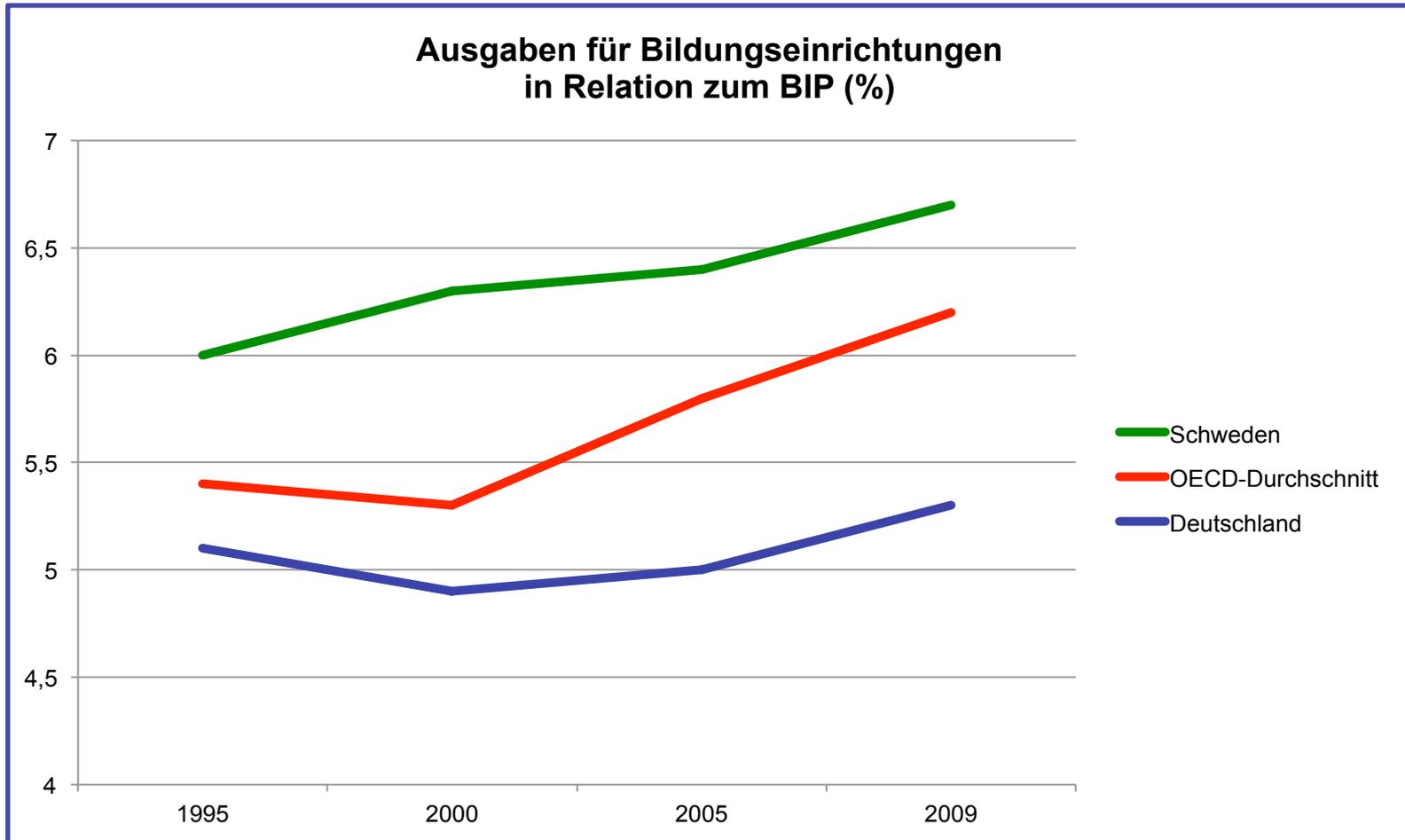
Der Aufbruch in die Bildungsrepublik

„Ich sage es in einem Satz: Wir müssen die Bildungsrepublik Deutschland werden. Das ist es, was unsere Zukunft für die nächsten Jahrzehnte sichert. [...]

Wohlstand für alle heißt heute und morgen: Bildung für alle. Unser Land muss sich darauf in allen Bereichen vorbereiten. Ich selbst werde mich auch ganz persönlich dieser Sache annehmen.“

Angela Merkel, 12.06.2008

Bildungsrepublik?



Quelle: Stat. Bundesamt, BMBF, KMK: Bildungsfinanzbericht 2012

Was wäre eigentlich nötig?

Bereich	Qualität der Bildung	Auflösung Investitionsstau
Elementarbereich	9,37	17,65
Allgemeinbildende Schulen	27,35	13,08
Berufliche Bildung	2,49	0
Hochschulen	10,13	14,51
Weiterbildung	7,49	0,01
Gesamt	56,83	45,25

Henrik Piltz 2011: Studie im Auftrag der Max-Träger-Stiftung

Bildung für alle: der richtige Anspruch!

- Bildung ist ein Kulturgut und ermöglicht jedem einzelnen die volle Entfaltung der Persönlichkeit
- Bildung eröffnet berufliche Perspektiven und ist eine wichtige Grundlage für persönlichen wie gesellschaftlichen Wohlstand
- Bildung ermöglicht jedem einzelnen die Teilhabe am öffentlichen Leben und an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen und ist eine wichtige Grundlage der Demokratie
- Bildung kann sozialen Ungleichheiten entgegenwirken, indem sie dem einzelnen Möglichkeiten eröffnet sowie indem sie gesellschaftlichen Fortschritt ermöglicht
- Bildung ist ein Menschenrecht, der Zugang zu Bildung muss formal und materiell offen sein

Bildung für alle? – die Politik der Bundesregierung

→ Beispiel KiTa:

- Ausbau bleibt weit hinter dem Bedarf zurück
- Bundesregierung führt stattdessen Betreuungsgeld ein
(statt für KiTa auch für Altersvorsorge oder „Bildungssparen“ verwendbar)

→ Beispiel Ganztagschule:

- Förderprogramm ist 2010 ausgelaufen
- Bundesregierung tut: nichts

→ Beispiel Inklusion

- Bundesregierung hat UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen unterzeichnet
- Klaus Klemm 2012 (Studie im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung):
zusätzlicher Personalbedarf allein an Schulen: 660 Mio. Euro jährlich
- Bundesregierung tut: nichts

Bildung für alle? – die Politik der Bundesregierung

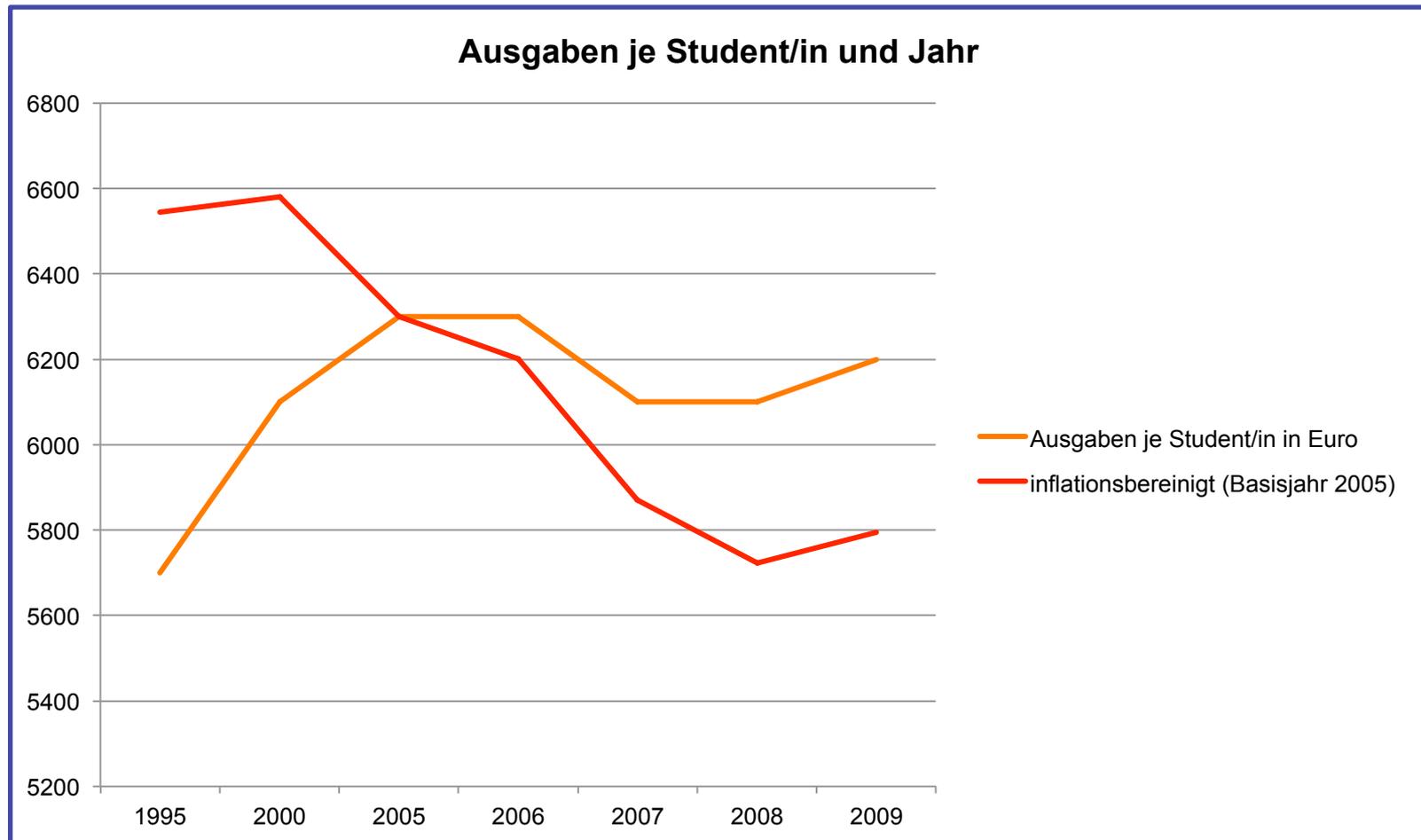
→ Beispiel Studienfinanzierung:

- Stiefkind BAföG: bekommen nur noch 18 Prozent der Studierenden, Erhöhung längst überfällig
- Bundesregierung favorisiert die Begabtenförderung, führte das „Deutschlandstipendium“ ein und diskutiert weiter über ein „Zukunftskonto“
- Allgemeine Studiengebühren – obwohl fast bundesweit durch Proteste verdrängt – werden von der Bundesregierung weiter beworben

→ Beispiel Studienplätze:

- Politik wird vom Ansturm auf die Hochschulen „überrascht“, der Hochschulpakt ist unterdimensioniert und unterfinanziert
- Ausgaben pro Studienplatz sinken

Mehr Studierende – entsprechend mehr Geld?



Quelle: Stat. Bundesamt, BMBF, KMK: Bildungsfinanzbericht 2012 / eigene Berechnung

Bildung für alle? – die Politik der Bundesregierung

→ Beispiel Hochschulfinanzierung:

- Grundfinanzierung bleibt weit hinter dem Bedarf zurück, inzwischen werden mehr als ein Viertel der Einnahmen durch Drittmittel bestritten
- Die Priorität des staatlichen Bildungsauftrags tritt zunehmend hinter den Fokus von Drittmittelprojekten zurück
- Priorität für die Bundesregierung hat weiter die Exzellenzinitiative, in welche insgesamt 4,3 Mrd. Euro fließen – davon 80 % an nur 20 Universitäten

→ Beispiel Berufsausbildung:

- Nur noch 22 % der Betriebe bilden aus
- 2,2 Mio. junge Menschen (bis 34 Jahre) haben keinen Berufsabschluss
- Bundesregierung hofft weiter auf freiwillige Leistungen der Wirtschaft und macht ansonsten: nichts
- Länder bleiben auf den Kosten der Übergangsmaßnahmen sitzen

Richtige Anreize im Bildungsföderalismus?

Das föderale System in der jetzigen Form lädt insbesondere in der Finanzierung von Studienplätzen zum Trittbrettfahren ein – und damit zur Unterfinanzierung der grundständigen Ausbildung.

→ Attraktiv in der föderalen Finanzordnung ist insbesondere

...die Finanzierung von Forschungseinrichtungen, die zusätzlich Drittmittel einwerben, bereits ausgebildete Fachkräfte einzustellen und Kooperationen der Hochschulen mit der regionalen Wirtschaft zu forcieren

... die Konzentration der Hochschulmittel auf wenige „Leuchttürme“, die dann zusätzliche Gelder etwa aus der Exzellenzinitiative einwerben können

→ Unattraktiv in der föderalen Finanzordnung ist insbesondere ...

... die Finanzierung von Studienplätzen

Richtige Anreize im Bildungsföderalismus?

- das föderale System in der jetzigen Form liefert Fehlanreize, die gute Bildung in der Breite erschweren
- starke Verlagerung der Finanzierung auf die Länder ist deutscher Sonderweg
- ausgerechnet die Bundesregierung, die die Bildungsrepublik ausruft, will mit der Realisierung dieser Zukunftsaufgabe nicht viel zu tun haben sondern verweist auf die Länder
- die von der Bundesregierung geplante Reform des Bildungsföderalismus würde die Konzentration der Mittel im Spitzenbereich weiter verschärfen

Bildungs(abstiegs)republik?

- de facto steigen aktuell mehr junge Menschen ab als auf:
22 % der jungen Menschen erreichen nicht das Bildungsniveau ihrer Eltern, während nur 20 % ein höheres Bildungsniveau erreichen (OECD 2012: Bildung auf einen Blick)
- gerade junge Menschen glauben nicht an die Bildungsrepublik:
nur 41 % der 16-29-Jährigen sagen: „Wer sich heute wirklich anstrengt, der bringt es in der Regel auch zu etwas.“
(Allensbach 2012, Studie im Auftrag von Bild der Frau)
- die Bildungsrepublik bleibt eine leere Hülse, der Anspruch Bildung für Alle erfordert mehr Geld – und ein grundlegendes Umsteuern in der Bildungspolitik

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!